

«Für unsere Region wäre das der GAU»

Masseneinwanderungsinitiative Bei Annahme gibt es auch für Grenzgänger wieder Kontingente

VON PETER SCHENK

Rainer Füg ist entsetzt: «Für unsere Region wäre das der GAU.» Die Masseneinwanderungsinitiative der SVP, über die am 9. Februar abgestimmt wird, fordert neben der Beschränkung der Zuwanderung ausdrücklich auch die Wiedereinführung von Kontingenten für Grenzgänger.

Füg, seit vielen Jahren Herausgeber der Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz, betont: «Die Grenzgänger sind für uns absolut wichtig. Sie stellen ein Viertel der Beschäftigten in der Nordwestschweiz. Seit 15 Jahren hätten wir die offenen Stellen ohne sie nie besetzen können.»

Grenzgänger sind keine Belastung

Laut einer Tabelle der Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2012/2013 sind die Grenzgängerzahlen seit 2005 stets gestiegen, um im September 2013 die Zahl von 67 700 zu erreichen – wohlgerne bei einer beständig niedrigen Arbeitslosenquote. Füg argumentiert: «Zudem belasten die Grenzgänger die Sozialwerke nicht.»

Für die Grenzstadt Basel könnte die Wiedereinführung der Kontingente für Grenzgänger, die bisher als Nebenaspekt der Initiative wenig bekannt war und sogar Füg überraschte, eine zentrale Rolle spielen. Wörtlich heisst es im Initiativtext: «Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorrangs für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen.»

Probleme mit diesem Inländervorrang werden vor allem die kleinen und mittleren Betriebe haben. Das hat auch der Gewerbeverband Basel-Stadt erkannt, der sich mit Nachdruck gegen die Masseneinwanderungsinitiative ausspricht (siehe Interview rechts).

«Seit 15 Jahren hätten wir die offenen Stellen ohne die Grenzgänger nie besetzen können.»

Rainer Füg,
Hrsg. Wirtschaftsstudie NWCH

Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis, sieht in der möglichen Wiedereinführung der Kontingente für Grenzgänger das Hauptproblem für die Nordwestschweiz. «Vor den bilateralen Verträgen war es ein Riesenaufwand nachzuweisen, dass niemand im Inland einen Arbeitsplatz besetzen konnte.»

Friesecke weiss, wovon er spricht. Er hat als Mitarbeiter der trinationalen Informationsstelle Infobest vor der Umsetzung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2004 selber Grenzgänger beraten.

Bisherige Regelung nutzt allen

Wenig Begeisterung über die mögliche Entwicklung herrscht naturgemäss bei den Grenzgängerverbänden. «Die jetzige Regelung war gut für die deutschen und die Schweizer Arbeitnehmer», sagt Rolf Eichin, Vorstandsmitglied vom Verband Grenzgänger Info Lörrach, in dem rund 6000 Personen organisiert sind. «Das Verfahren war total vereinfacht und die Bewilligungen sind den Leuten gerade zu zugeflogen. Mit Kontingenten wurden sie früher im Windhundverfahren vergeben.»

Jean-Luc Johaneck, Präsident der oberelsässischen Grenzgängervereinigung CDTE, die 19 000 Mitglieder zählt, fragt sich denn auch, wie die Wiedereinführung von Kontingenten umgesetzt werden soll. Ausserdem argumentiert er: «Die Initiative ist nicht kompatibel mit der EU-Perso-



31 400 Elsässer Grenzgänger kommen täglich in die Nordwestschweiz, hier der Zoll Hegenheim. JURI JUNKOV

Mehr deutsche als französische Grenzgänger in Nordwestschweiz

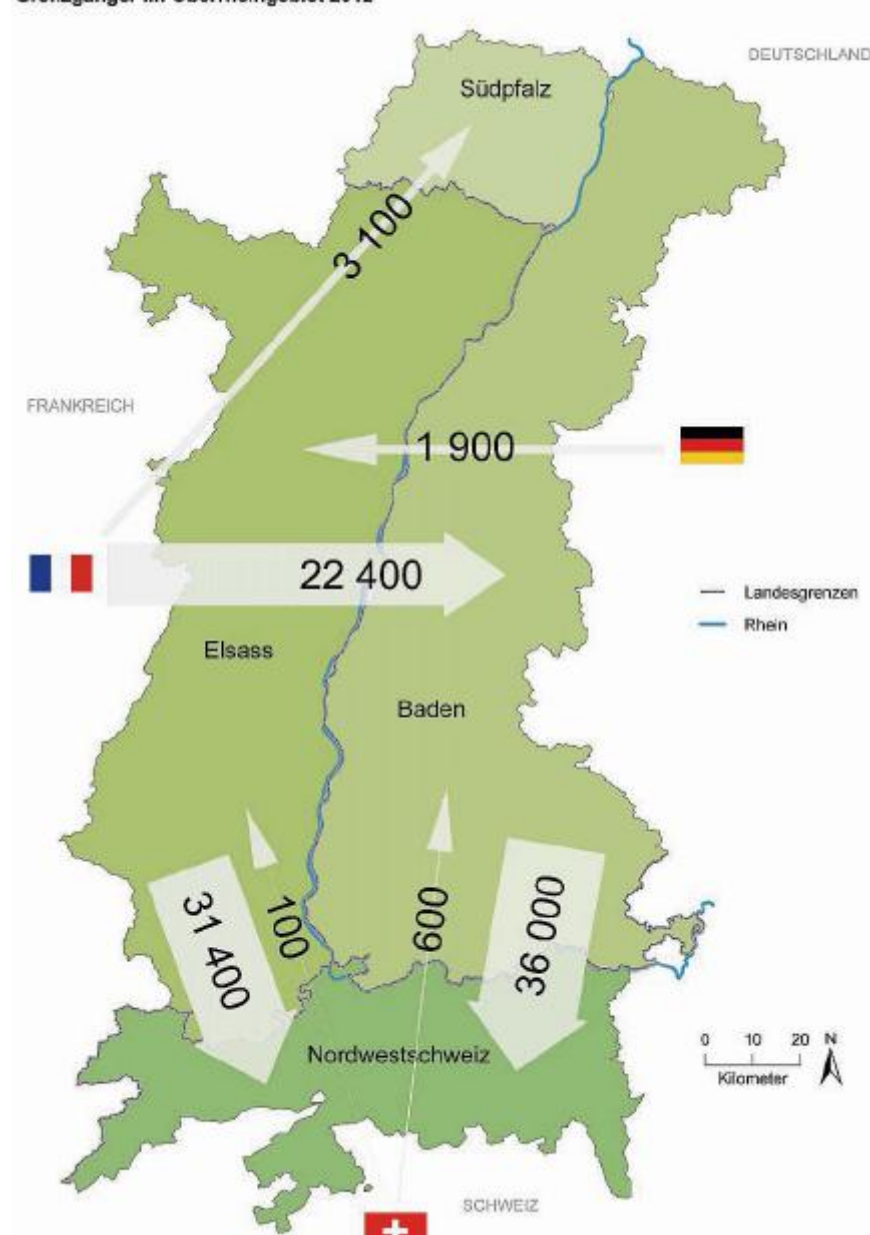
Aus der Kooperation des Statistischen Amtes Basel-Stadt mit der trinationalen Oberrheinkonferenz entstand die rechts abgebildete Karte, die sich mit ausführlichen Erklärungen auch im Internet findet (www.statistik.bs.ch). Die Grafik für 2012 verdeutlicht, dass die Grenzgängerzahl von Baden in die Nordwestschweiz mit 36 000 höher lag als die aus dem Elsass mit 31 400. Das war nicht immer so, denn früher war die Zahl der Elsässer grösser als die der Deutschen. Diese Entwicklung sei darauf zurückzuführen, dass «die Sprache eine grosse Hürde bei der Entstehung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes am Oberrhein» bilde. Hintergrund ist, dass viele Elsässer keinen Dialekt und kein Deutsch mehr sprechen. Der Grenzgängerstrom von Frankreich in die französischsprachigen Teile der Schweiz wachse demgegenüber. Das Statistische Amt weist ferner darauf, dass in Basel viele Pendler als Hilfsarbeitskräfte beschäftigt seien. «Eine Ursache hierfür liegt in der Branchenstruktur des Kantons, der aufgrund seiner Zentrumsfunktion einen hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor aufweist.» Aufschlussreich ist auch der Anteil der Grenzgänger an der Beschäftigung nach Branchen, die sich für das Jahr 2012 in der Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2012/2013 findet. Er bezieht sich allerdings auf die gesamte Nordwestschweiz und kommt für die Industrie auf einen Grenzgängeranteil von 31,8 Prozent, Bauwirtschaft 33 Prozent und Dienstleistungen 24 Prozent. (PSC)

nenfreizügigkeit. Man kann nicht nur die Vorteile haben, ohne die Nachteile zu akzeptieren.»

Zudem brauche die Schweiz für grosse Baustellen Arbeitskräfte und «wenn es keine ausländische Forscher mehr gibt, entstehen auch keine neuen Produkte». Johaneck verhehlt allerdings nicht, dass die Wiedereinführung von Kontingenten im Grenzraum auch stabilisierenden Einfluss auf die Lohngleichheit für Grenzgänger und Schweizer haben könnte.

Insgesamt aber wäre die Annahme der Initiative ein «Rückschritt» und ein sich Verschliessen gegenüber Europa. Ähnlich sieht das sein deutscher Kollege Rolf Eichin: «Es wäre

Grenzgänger im Oberrheingebiet 2012



QUELLEN: STATISTISCHES AMT BASEL-STADT, OBERRHEINKONFERENZ, BFA, BFS, INSEE

ein Riesensprung zurück und das aufgebaute Vertrauen und die unproblematische Zusammenarbeit würden zusammenbrechen.»

Kein Thema für das Baselbiet

Erstaunlich ist die Position der Wirtschaftskammer Baselland, die anscheinend trotz grosser Grenzgängerzahlen im Baselbiet keinen Handlungsbedarf sieht. «Das Thema Grenzgänger, beziehungsweise Kontingente für Grenzgänger, ist in jüngerer Vergangenheit weder im Zentralvorstand der Wirtschaftskammer noch im Wirtschaftsrat diskutiert worden. Falls dies künftig aufgrund der politischen Entwicklung zum Thema werden würde, würde sich

die Wirtschaftskammer aber sicher zu diesem Zeitpunkt damit befassen», so Direktor Christoph Buser.

Ganz anders tönt es bei der Handelskammer beider Basel. Mediensprecherin Martina Hilker schreibt: «Die Begrenzung der Zuwanderung würde Asylbewerber, EU-Bürger, Drittstaatenangehörige und Grenzgänger gleichermassen betreffen, was gerade für unsere Region ein grosser Verlust wäre. Grenzgänger mit Bewilligung eingerechnet, wäre somit jede dritte Arbeitskraft in der Region Nordwestschweiz kurz- oder mittelfristig von der Kontingentierung betroffen.» Die Offenheit der Region mache in Vergangenheit und Gegenwart auch ihre Vielfalt aus.

Nachgefragt

«Die Bürokratie wird massiv zunehmen»

Gabriel Barell

Der Volkswirtschaftler Gabriel Barell (53) ist seit September 2013 Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt.



Herr Barell, was bedeutet die mögliche Wiedereinführung von Kontingenten für Grenzgänger für die Region Basel?

Gabriel Barell: Es wird einen Verteilungskampf um die Kontingente geben. Dabei wird die Kategorie der Grenzgänger nicht die besten Karten haben, die Region Basel nicht, und nicht zuletzt auch die KMU, die kleinen und mittleren Betriebe.

Was sind denn die Probleme für die KMU?

Sie werden nicht genügend Arbeitskräfte und Grenzgänger bekommen und die Bürokratie wird massiv zunehmen. Davon sind die KMU doppelt betroffen. Sie werden in Nacharbeit ihre Anträge ausfüllen müssen. Ausserdem müssen für die Bürokratie beim Staat Leute eingestellt werden, für die die KMU über die Steuern zur Kasse gebeten werden. Sie sind rundum die Verlierer.

Wie wichtig sind die Grenzgänger für das Gewerbe?

Wenn die Nachfrage massiv steigt, wie beispielsweise für Bäcker vor Weihnachten oder für Malerbetriebe bei einem Grossauftrag, müssen die Betriebe flexibel reagieren können. Es gibt Branchen, für die sie keine Schweizer Arbeitskräfte finden. Die Grenzgänger erhalten den gleichen Lohn und nehmen niemandem den Arbeitsplatz weg.

Nun könnte man einwenden, dass es früher mit den Kontingenten ja auch geklappt hat.

Die Betriebe haben diese administrative Zusatzarbeit in Nachschichten erledigt. Heute können sie sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und haben dadurch mehr Erfolg. Die Betriebe sind viel flexibler. Das Wachstum in unserer Region verdanken wir zu einem grossen Teil dieser Flexibilität und auch den Grenzgängern.

Was hätte die Annahme der Initiative für wirtschaftliche Konsequenzen für die KMU?

Die Aufträge sind da. Um sie zu erfüllen, braucht es auch die Grenzgänger. Wenn es zu Lieferengpässen kommt, werden sich die Auftraggeber anders orientieren und es ist ein Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten zu befürchten.

Warum ist der Grenzgängeraspekt der Initiative bisher so wenig bekannt?

Die Auseinandersetzung über die Initiative startet ja jetzt erst richtig. Die Leute haben sich mit den Details noch nicht befasst – das ist sehr gefährlich. So hat mich überrascht, dass der elsässische Grenzgängerpräsident, mit dem wir gesprochen haben, kein massives Problem bei der Einführung der Kontingente sah. Schliesslich wird die Kampagne zur Masseneinwanderungsinitiative von den Zentralen aus gemacht, die sich nicht in Basel befindet. Für uns hier sind die Grenzgänger von vitaler Bedeutung, deshalb stellen wir nun auf lokaler Ebene die Grenzgängerthematik in den Fokus.

Interview: Peter Schenk